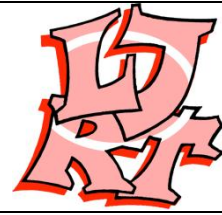


## Beschluss

Sitzung: 39. Vollversammlung

am: 28.11.2015



zu TOP

**10.3**

Thema: **Hier sind alle einfach junge Menschen – gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen!**

### Beschluss:

- 1. Der Landesjugendring Thüringen beschließt die nachfolgende Positionierung.**
- 2. Der Vorstand wird aufgefordert, diese Positionierung in jugendpolitischen Gesprächen bzw. Gremien zu vertreten. In diesem Zusammenhang wird er gebeten, mit den demokratischen Landesparteien Gespräche zu führen mit dem Ziel, dass diese sich für eine diesbezügliche Positionierung in ihren Bundesparteien einsetzen.**

### Abstimmung:

Ja: 51                      Nein: 0                      Enthaltung: 6

## **Hier sind alle einfach junge Menschen – gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen!**

*„Fard: War gut im Kindergarten?*

*Niklas: Ja.*

*Fard: Sind da auch Ausländer?*

*Niklas: Nein da sind Kinder.“*

*(HipHop.de Interview mit Rapper Fard und Niklas (4))*

Der Landesjugendring Thüringen e.V. und seine Mitgliedsverbände setzen sich für gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle junge Menschen ein und lehnen die Einschränkung der für sie geltenden Rechte ab. Diese Rechte gelten unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, gleich welcher Herkunft, sind in erster Linie eins: junge Menschen. Der Landesjugendring Thüringen e.V. und seine Mitgliedsverbände lehnen deren Ausgrenzung und Diskriminierung ab und fordern gleiche Rechte für alle. Dies beinhaltet auch die Verbesserung der rechtlichen und tatsächlichen Situation von ausländischen Kindern und Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund verurteilen wir jegliche Versuche, Forderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit den Notwendigkeiten zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten gegeneinander auszuspielen sowie Neiddebatten zu führen.

Deshalb fordern wir u.a.

- die Einführung einer Gesundheitskarte bei gleichzeitiger Anhebung des medizinischen Versorgungsniveaus nach AsylbLG auf den Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenkassen.
- die Einführung eines Rechtes auf kostenfreie medizinische Versorgung Geflüchteter ohne Papiere mit dem Ziel des freien Zuganges, ohne dass ihre persönlichen Daten an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden.
- das Recht auf schulische Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche umzusetzen. Dafür müssen Wege gefunden werden, die Hindernisse, wie fehlende Sprachkenntnisse und das Fehlen schulischer Zeugnisse aus den Herkunftsländern, überwinden. Bis zur Einschulung müssen Deutschkurse in den Aufnahmeeinrichtungen bereitgestellt werden.
- alle Schulen, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, mit zusätzlichen Lehrkräften, Sprachmittler\*innen und mehr Schulsozialarbeiter\*innen auszustatten sowie Ressourcen für geeignete Lernorte bereitzustellen.

- die Entwicklung sozialraumorientierter Angebote zur individuellen Förderung, Begleitung und Begegnung nach der Schule.
- dass junge Geflüchtete, auch wenn sie nicht mehr der allgemeinen Vollzeitschulpflicht unterliegen, die Möglichkeit zum Schulbesuch erhalten.
- das Recht für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus, eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und abschließen zu können. Geflüchteten mit einem Studien- oder Ausbildungsplatz ist ein Bleiberecht für die gesamte Ausbildungs- bzw. Studienzeit sowie nach Abschluss die Erteilung des Aufenthaltstitels "Erlaubnis zum Daueraufenthalt EU" zuzusichern.
- einen gleichberechtigten Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten: Die Teilnahme an ausbildungsbegleitenden Hilfen oder der Assistierten Ausbildung muss für Geflüchtete ebenso möglich sein wie die verzögerungsfreie Inanspruchnahme von Berufsausbildungsbeihilfen.
- die gesetzliche Aufhebung der Vorrangprüfung sowie die Einstellung diskriminierender Praktiken, wie der der Wartezeiten für die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit.
- die möglichst unbürokratische Anerkennung schulischer, universitärer und beruflicher Qualifikationen, die in den Herkunftsländern erworben wurden.
- eine Kostenübernahme bei Anerkennungsverfahren nach dem Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Qualifikationen (BQFG) durch den zuständigen Leistungsträger.
- die Weiterentwicklung der Instrumente zur frühzeitigen Kompetenzfeststellung, um die Integration und Teilhabe junger Geflüchteter durch möglichst barrierefreie Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt zu verbessern.
- die sozial- und arbeitsmarktrechtlichen Standards nicht abzusenken. In diesem Zusammenhang müssen für junge Geflüchtete auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch zur Abschiebung führen.
- den Schutz junger Geflüchteter vor Ausbeutung und prekärer Beschäftigung. Eine Aufhebung des Leiharbeitsverbots und die Absenkung des Mindestlohns sowie von Standards auch für andere Beschäftigungsarten (z. B. Praktika und Freiwilligendienste) für junge Geflüchtete lehnen wir entschieden ab.
- die Unterstützung und Verbesserung von Möglichkeiten zur Selbstorganisation junger Geflüchteter sowie deren finanzielle Förderung.

Der Landesjugendring Thüringen fordert die Landesregierung auf, alle notwendigen Schritte zur Umsetzung dieser Forderungen einzuleiten. Sofern Regelungen und Gesetze des Bundes durch diese Forderungen berührt werden, fordern wir die Landesregierung auf, sich für eine Durchsetzung unserer Forderungen in Bundesrat, durch die Vertretung des Freistaats beim Bund und in den Arbeitsgemeinschaften der Länder zu engagieren.